

Stadt Miesbach



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 28.05.2020 17:00 – 20:50 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte

Stadträtin Verena Assum
Stadtrat Markus Baumgartner
Stadträtin Aline Brunner
Stadtrat Manfred Burger
Stadtrat Paul Fertl
Stadträtin Malin Frieze
Stadtrat Alois Fuchs
Stadtrat Stefan Griesbeck
Stadträtin Astrid Güldner
Stadtrat Florian Hupfauer
Stadträtin Inge Jooß
Stadtrat Andreas Lechner
Stadtrat Michael Lechner
Stadtrat Franz Mayer
Stadtrat Alfred Mittermaier
Stadtrat Christian Mittermaier
Stadtrat Florian Perkmann
Stadtrat Erhard Pohl
Stadtrat Andreas Reischl
Stadtrat Florian Ruml
Stadträtin Hedwig Schmid
Stadtrat Markus Seemüller
Stadträtin Petra Six
Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

Es fehlte entschuldigt:

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
2. Standorte für die Fahnenmasten / Beflaggung am Rathaus
-Ausführungen der Unteren Denkmalschutzbehörde, Herr Boiger;
weiteres Vorgehen-
3. Stadtbelebung und Stadtentwicklung;
Vortrag Achim Gebhardt; CIMA Beratung und Management GmbH
4. Antrag von Stadtratsmitglied Markus Seemüller zum Nahwärmenetz, zentrale Versorgung der städt. Gebäude ums Rathaus;
-Angebotseinholung bei einem Wärmedienstleister hinsichtlich einer Contracting-Lösung-
5. Antrag der Stadtratsfraktion "Bündnis 90/die Grünen;
Reaktivierung des Arbeitskreises Radverkehr
6. Straßendeckensanierungsprogramm 2020
-weiteres Vorgehen, Ermächtigung 1. Bürgermeister zur Auftragsvergabe-
7. Sanierung Frauenschulstraße inkl. Kanal-und Wasserleitungsbau
-weiteres Vorgehen, Ermächtigung 1. Bürgermeister zur Auftragsvergabe-
8. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung (BGS-WAS)
9. Zuschuss an die Arbeitsgemeinschaft der Sportvereine 2020;
Verteilung an die Vereine
10. Musikschule Schlierach-Leitzachtal e.V.;
Bezuschussung ab dem Jahr 2021 - Vertragsverlängerung
11. Übertragung der Aufgabe zur Beitreibung von öffentlich-rechtlichen Forderungen an den Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum im Oberland ab dem 01.01.2021 nach Beendigung der Probephase.
12. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

1. Bekanntgaben

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 23.04.2020 wurde per E-Mail den Stadtratsmitgliedern, soweit sie bereits in der vorigen Legislaturperiode dem Gremium angehörten, übersandt. Sollte diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 23.04.2020 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 07.05.2020 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter Allgemeine Informationen bereitgestellt bzw. per E-Mail übersandt. Sollte diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 07.05.2020 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Beteiligung an der Sozialcard des Landkreises Miesbach

In der Sitzung vom 20.02.2020 hat der Stadtrat eine Überprüfung der Beteiligung an der Sozialcard des Waitzinger Kellers sowie des Ferienprogrammes der VHS beschlossen.

Diese Überprüfung ergab, dass der Waitzinger Keller wegen der aktuellen Coronalage nicht in der Lage ist, Ermäßigungen zu gewähren. Des Weiteren sieht es im Moment danach aus, dass es 2020 kein Ferienprogramm der VHS geben wird.

Freibad Miesbach

Umbau:

In der Stadtratssitzung am 23.01.2020 wurde das Konzept für den Umbau des Freibades Miesbach durch die Ingenieurbüros „Krautloher Architekten“ und „Möller+Meyer“ vorgestellt. Der Stadtrat beschloss dabei, die Sanierung des Freibades zurückzustellen. Eine Entscheidung darüber soll erst in der nächsten Legislaturperiode vom „neuen“ Stadtrat getroffen werden.

Um in der Planungsphase für den Umbau des Freibades weiter zu kommen, wird der Sachverhalt vom 23.01.2020 in der Juni-Sitzung erneut behandelt.

Als Anlage sind der Stadtratsbeschluss vom 23.01.2020 und die Studie vom Architekten Krautloher angefügt.

Eröffnung:

Laut Ministerpräsident Söder dürfen die Freibäder ab 08.06.2020 wieder öffnen. Die genauen Vorgaben bezüglich Hygiene, Sicherheit etc. liegen aber schriftlich noch nicht vor. Sobald diese festgelegt werden, erarbeitet die Stadt die Konzepte.

Öffentliches WLAN bei der städt. Bücherei

Aufgrund von Lärmbelästigungen und Vermüllung rund um die städt. Bücherei wird das öffentliche WLAN auf die Zeit von 9.00 Uhr bis 22.00 Uhr begrenzt.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

2. Standorte für die Fahnenmasten / Beflaggung am Rathaus -Ausführungen der Unteren Denkmalschutzbehörde, Herr Boiger; weiteres Vorgehen-

Die Beflaggung von Dienststellen des Bundes und der von Staatsbehörden genutzten öffentlichen Gebäuden ist durch den Erlass der Bundesregierung über die Beflaggung der Dienstgebäude des Bundes und durch die Bayerische Flaggen-Verwaltungsanordnung (VwAoFlag) geregelt.

Gebietskörperschaften, wie die Stadt Miesbach, erhalten dabei eine Empfehlung, analog der Bundes- und Staatsgebäude, ihre Dienstgebäude zu beflaggen.

Grundsätzlich werden die bayrische Staatsflagge, die Bundesflagge und soweit möglich, die Europaflagge gemeinsam gesetzt. Bei regionalen und örtlichen Anlässen darf auch die örtliche Flagge gesetzt werden.

Zu flaggen ist an senkrecht stehenden Flaggenmasten. Nur soweit dies nicht möglich ist, können waagerecht oder schräg stehende Flaggenstöcke verwendet werden. Zur Beflaggung sollen Flaggen verwendet werden, die am Flaggenmast oder Flaggenstock aufgezogen und niedergeholt werden können.

Die Größe der Flagge muss in einem angemessenen Verhältnis zur Größe des beflaggten Gebäudes und des Flaggenmasts stehen. Mehrere nebeneinander gesetzte Flaggen sollen dabei gleich groß sein.

Da es sich beim Rathaus Miesbach um ein Einzeldenkmal handelt und die Beflaggung Auswirkungen auf das Erscheinungsbild hat, ist die Untere Denkmalschutzbehörde zu beteiligen.

Durch den Umbau des südlichen Rathausumfeldes konnten die bestehenden Fahnenmasten vor dem Gebäude der Stadtbücherei nicht mehr realisiert werden, so dass die vorgeschriebene bzw. vom Landratsamt Miesbach, als übergeordnete Staatsbehörde, empfohlene Beflaggung seit geraumer Zeit nicht ordnungsgemäß umgesetzt werden kann.

Dies muss dem Landratsamt Miesbach auch bei der jeweiligen Beflaggungsmitteilung so geantwortet werden.

Um sowohl dem öffentlichen Beschluss des Stadtrates vom 21.06.2019 zur Freiflächengestaltung gerecht zu werden als auch einer baldigen Beflaggung wieder nachkommen zu können, wurden seitens der Verwaltung folgende drei Varianten für Ersatzstandorte erarbeitet.

- Variante 1:
Rathaus Nordseite, entlang des Brunnenspiels
- Variante 2:
Rathaus Ostseite, entlang der Rathausstraße (Erhalt Behindertenstellplatz)
- Variante 3:
Rathaus Ostseite, entlang der Rathausstraße (Verlust Behindertenstellplatz)

Diese wurden dem Stadtrat unter Berücksichtigung aller verlegten Sparten in der Sitzung am 07.11.2019 vorgelegt.

Im Verlauf der Diskussion wurde fraktionsübergreifend beschlossen, dass die Verwaltung eine Befestigung der Beflaggung an der Nordfassade des Rathauses prüfen soll.

Im Rahmen eines Vororttermins am 09.12.2019 teilte die Untere Denkmalschutzbehörde mit, dass eine Anbringung der erforderlichen Fahnen an der Fassade des Rathauses, aus denkmalpflegerischen und architektonischen Gründen unter Beachtung der Fassadengestaltung nicht in Betracht kommt.

Hingegen wird eine Aufstellung auf dem Rathausplatz, nördlich oder südlich des Wasserspiels empfohlen. Der erste Fahnenmast sollte gegenüber dem Haupteingang erstellt werden, die drei weiteren in gleichmäßigen Abständen entlang des Wasserspiels bis zum Gehweg.

Dabei muss der Christbaumstandort und die Zu- und Ableitung zum Wasserspiel beachtet werden.

Auf Grund der vorliegenden fachtechnischen Stellungnahme wurde in der Sitzung des Stadtrats am 23.01.2020 der Standort an der Nordseite des Rathauses, entlang des Brunnenspiels (Variante 1) empfohlen, allerdings vom Stadtrat erneut abgelehnt.

Dabei wurde die Aussage der Unteren Denkmalschutzbehörde äußerst kritisch gesehen. Die Beflaggung müsse zwingend am Rathausgebäude angebracht werden um weiteren Tiefbau zu verhindern und zudem die Sicht auf das Rathaus von Norden her nicht zu beeinträchtigen.

Die Untere Denkmalschutzbehörde, vertreten durch Herrn Architekt Christian Boiger hat daraufhin angeregt, die rechtlichen und fachlichen Argumente für ihre Entscheidung gegenüber dem Gremium in der Sitzung am 28.05.2020 darzulegen.

Vorab zur heutigen Sitzung fand bereits ein internes Vorgespräch statt. Herr Boiger legte dabei gegenüber dem 1. Bürgermeister, seinen beiden Stellvertretern und den Fraktionsführern bereits seine Überlegungen dar.

Eingangs bedankte sich der 1. Bürgermeister bei den anwesenden Personen für die kurzfristige Teilnahme und wies darauf hin, dass das Thema nun endlich zum Abschluss gebracht werden sollte, da die Beflaggung erforderlich ist und daher zwingend wieder umgesetzt werden muss.

Herr Boiger stellte daraufhin klar, dass er nicht nur den Denkmalschutz repräsentiere, sondern den Stadtrat als Bauberater auch gestalterisch begleiten möchte. Dabei sei er für Alternativlösungen immer offen. Grundsätzlich handle es sich beim Miesbacher Rathaus um ein repräsentatives Gebäude.

Vom Anbringen von Fahnen sei dabei grundsätzlich abzuraten. Demnach sei ein vom Gebäude abgerückter Fahnenstandort wünschenswert.

Die Anbringung von vier Fahnen erfordert ein würdiges und stimmiges Beflaggungskonzept, das sich jedoch bei der Eigenart der dreigliedrigen Fassade als schwierig darstellt.

Sollte die Beflaggung am Gebäude weiterhin gewünscht sein, wäre dazu eine skizzierte Darstellung notwendig.

Nach einer kontroversen aber zielführenden Diskussion zwischen Herrn Boiger und den anwesenden Stadtratsmitgliedern, konnte man sich auf eine vierte Variante verständigen.

Diese würde zwei feste Fahnenmasten am jeweiligen Ost und West Eck der Nordfassade beinhalten. Beide könnten auch ohne Beflaggungsanweisung, regelmäßig beflaggt werden. Dem kritisierten „leeren Fahnenmast“ könnte somit abgeholfen werden.

Weitere zwei Fahnenmasten könnte im Bereich der Rathautreppe realisiert werden. Dabei könnte es sich um mobile Masten handeln, die nur bei Bedarf aufgestellt werden.

Mit diesem erarbeiteten neuen Lösungsvorschlag zweigten sich die anwesenden Stadtratsmitglieder und Herr Boiger einverstanden, so dass dieser Grundlage für die heutige Beschlussfassung ist.

Im Rahmen der Stadtratssitzung führte Herr Boiger vor dem kompletten Stadtrat seine fachtechnische Einschätzung aus. Um dem Rathaus seinen würdigen Charakter zu bewahren, sei ein deutliches Abrücken der Fahnenmasten wünschenswert, der ausgearbeitete Lösungsvorschlag von vier Fahnenmasten im Bereich der Rathausfassade findet aber ebenfalls seine Zustimmung. Die Dauerbeflaggung sollte sich dabei auf die beiden mittleren Fahnenmasten konzentrieren, da diese den Charakter des öffentlichen Gebäudes noch besser unterstreichen.

Nach einer erneuten intensiven Pro- und Contra Diskussion, konnte man sich letztendlich mehrheitlich auf den Vorschlag von Herrn Boiger einigen. Seitens der Verwaltung kann nun die Umsetzung der längst überfälligen Beflaggung in die Wege geleitet werden.

Beschluss:

Der Stadtrat hält eine Anordnung von vier abgerückten Fahnenmasten im Bereich der Rathausfassade für sinnvoll. Dabei sollen zwei am westlichen und östlichen Eck der Nordfassade und zwei im Bereich der Rathautreppe installiert werden.

Die genauen Standorte sind unter Beachtung der Sparten, in Absprache mit der Unteren Denkmalschutzbehörde festzulegen.

Abstimmungsergebnis: 20 / 5

3. Stadtbelebung und Stadtentwicklung; Vortrag Achim Gebhardt; CIMA Beratung und Management GmbH

Die Gemeinschaftswerbung Miesbach (GWM) hat der Stadt Miesbach bereits im Dezember 2019 mitgeteilt, dass sie künftig Großveranstaltungen wie den „Kulinarischen Abend“ und den „1000 Lichterglanz“ nicht mehr ehrenamtlich stemmen kann. Aus diesem Grund kann sie den zentralen Bestandteil des zwischen der Stadt und der GWM geschlossenen Vertrages, die Durchführung von vier Veranstaltungen, nicht mehr erfüllen. Deswegen hat Florian Brunner als 1. Vorsitzender der GWM mit Schreiben vom 25. März 2020 den Vertrag zwischen der Stadt und der GWM gekündigt. Die GWM hofft, dass die Stadt Miesbach künftig den Part der Veranstaltungen übernehmen kann. Durch die Kündigung des Vertrags entfällt auch der Zuschuss in Höhe von 25.000 € durch die Stadt Miesbach an die GWM.

Bei der Vorberatung dieser Thematik im Kulturausschuss am 9. März 2020 wurde deutlich, dass weitere Events in Miesbach einer zentralen organisatorischen, werbetechnischen und mitunter rechtlichen Unterstützung bedürften. Zu nennen sind dabei die Märkte (Grüner Markt, Zuchtvielmärkte, Jahrmärkte einschließlich verkaufsoffener Sonntage, Spezialmärkte) sowie neben dem „1000 Lichterglanz“ diverse Events zur Weihnachtszeit (Weihnachtsmarkt im Klostersgarten, Weihnachtsgasserl, Lebende Krippe, Adventsingens etc.), Gleichzeitig wurde klar, dass dies eine Aufgabe ist, die nicht „nebenbei“ im Kulturamt geleistet werden kann. Umfragen bei diversen Gemeinden haben ergeben, dass dieses Aufgabenspektrum als Stabsstelle beim Bürgermeister platziert ist.

Da durch die Corona-Krise die Stabilität des Einzelhandels in große Gefahr gerät, gewinnt das Thema Stadtbelebung und Stadtentwicklung in Miesbach noch mehr als bisher an Bedeutung.

Die Gemeinschaftswerbung wird derzeit im Rahmen des Förderprogrammes „Corona-Soforthilfe für Händler und Werbegemeinschaften“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums durch die CIMA beraten. „Die CIMA ist auf die Zukunft von Städten und Regionen fokussiert. Ihre Stärke sind Kommunikation und Kooperation an der Schnittstelle von öffentlicher Hand, privater Wirtschaft und den aktiven Teilen der Stadtgesellschaft“.

Die Ergebnisse der Workshops, die sowohl für die GWM als auch für die Stadt Miesbach zukunftsweisend sind, werden durch Herrn Achim Gebhardt, Dipl.-Geograph bei der CIMA, präsentiert.

Um die Fülle an Aufgaben im Bereich Stadtentwicklung und Stadtbelebung, die durch die Corona-Krise noch zugenommen hat, zu bewältigen, ist ein enger Schulter-Schluss der GWM mit der Stadt Miesbach nötig. Dort sollte eine Stelle geschaffen werden, die Koordination und Dialog übernimmt und wirtschaftsorientierte Veranstaltungen organisiert.

Beschluss:

Der Stadtrat erachtet die Angelegenheit als dringlich.

Der Stadtentwicklungsausschuss wird eingehend darüber beraten, ob die Stadt Miesbach eine Stelle zur Stadtentwicklung und Stadtbelebung schafft.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

4. **Antrag von Stadtratsmitglied Markus Seemüller zum Nahwärmenetz, zentrale Versorgung der städt. Gebäude ums Rathaus;
-Angebotseinholung bei einem Wärmedienstleister hinsichtlich einer Contracting-Lösung-**

Stadtratsmitglied Seemüller stellt zur heutigen Sitzung einen Antrag, ob es nicht sinnvoll wäre die nötige Wärme für das Rathausumfeld von einem Wärmedienstleister im Bereich erneuerbare Energien einzukaufen. Ein entsprechendes Angebot kann beitragen, die konzeptionelle Vorgehensweise bei der zukünftigen Wärmeversorgung weiterzuentwickeln.

In der öffentlichen Sitzung am 06.06.2019 beschloss der Stadtrat, dass bis 2021 das Nahwärmenetz zwischen Rathaus, Feuerwehrhaus, Beamtenhaus und Bücherei mit einer regenerativen Heizungslösung zu realisieren ist. Laut Kaminkehrer-Meisterin müssen die Heizkessel im Feuerwehrhaus bis Ende 2021 ausgetauscht werden. Aktuelle Gesamtkosten belaufen sich Stand 06.06.2019 auf ca. 630.000 €.

Die Kostenschätzungen (brutto) für die Maßnahmen **2019:**

Ca. 40.000 € für den Einbau der Nahwärmerohre vom Feuerwehrhaus zum Beamtenhaus und den Anschluss der Heizung im Feuerwehrhaus zur Wärmeversorgung der Bücherei und ca. 30.000 € für bauliche Maßnahmen.

Nach aktuellem **Stand 25.05.2020** belaufen sich derzeit die Kosten für die Vernetzung der Nahwärmerohre auf **94.672,00 €**.

Bereits angefallene Kosten für Nahwärmenetz (ca. Kosten)

1	Fa. Ring Teilauftrag Nahwärmenetz (Sonstiges anteilig)	22.958	22.958
1	Fa. Ring Neuaufbau Verteilung Rathaus ca.	9.000	9.000
1	Fa. Brugg, Nahwärmeleitung Feuerwehr->Beamtenwohnhaus	17.713	17.713
1	Fa. Isenmann, Rohrgraben Feuerwehr -> Beamtenwohnhaus	3.800	3.800
1	Fa. Isenmann, Nahwärmeleitung Beamtenwohnhaus-> Rathaus	16.900	16.900
1	Fa. Kerndl Baumschutzmaßnahmen im Bereich Leitungsgraben	4.300	4.300
1	Fa. Rixner Brochier, MSR-Anlage Nahwärmenetz ca. Anteil	20.000	20.000
Summe Brutto bereits angefallene Kosten Nahwärmenetz		94.672	

Übrig bleiben folgende Kosten:

Ca. 360.000 € für den Einbau des Pellet-Kessels und Umbau der Heizzentrale im Feuerwehrhaus und Einbau der Heizflächen und der Versorgungsleitungen im Rathaus und für bauliche Maßnahmen, ca. 40.000 €.

Ca. 40.000 € für den Einbau von Wohnungsstationen mit Versorgungsleitungen im Beamtenhaus und Anschluss an das Fernwärmenetz und 30.000 € für bauliche Maßnahmen.

Geschätzte Kosten für Sanierung Heizzentrale Feuerwehrhaus

Anz	Bezeichnung	EP/€	GP/€
1	Demontage Heizhaus	7.000	7.000
1	Pelletsaußentank 22 m³ incl. Erdarbeiten ohne Umverlegungen Sparten etc.	32.000	32.000
1	Pelletsheizung ca. 120 kW Grundlastanlage, Anschluss an Bestandskamin	30.000	30.000
1	Gasbrennwertheizkessel 100kW für Spitzenlast, Anschluss an Bestandskamin, incl. Kamineinsatz	26.000	26.000
1	Kellergeschweißter Pufferspeicher ca. 4.000 Liter	14.000	14.000
1	Neuer Verteiler Feuerwehr, Ausdehnungsgefäß etc.	12.500	12.500
1	Verrohrung Zentrale Feuerwehr	10.000	10.000
1	Pumpen, Ventile, Heizungswasseraufbereitung	8.000	8.000
1	hydraulischer Abgleich Feuerwehr	9.500	9.500
1	hydraulischer Abgleich Bibliothek	1.500	1.500
1	Umbau ineffiziente Warmwasseranlage Feuerwehrhaus	22.000	22.000
1	MSR Anlage für die Steuerung der Heizzentrale (Kessel und Heizkreise) als Erweiterung der bestehenden Anlage	9.500	9.500
1	Elektroverkabelung	4.000	4.000
1	Sonstiges	10.000	10.000
	Summe netto		196.000
19%	Mehrwertsteuer		37.240
	Summe brutto Grobkosten		233.240
	Planungskosten brutto (siehe Angebot vom 27.01.2020)		71.000
	Summe Bau- und Planungskosten		304.240
	Fördermittel BAfA "Heizen mit erneuerbaren Energien 2020"	-30%	-91.272
	Verbleibende Kosten für Haushaltsplanung		212.968

Herr Seemüller erläutert seinen Antrag auf eine Angebotseinholung durch einen Wärmedienstleister für eine Contracting-Lösung, und dass bis auf weiteres das Thema Nahwärmenetz zur Seite gelegt werden sollte.

Anschließend findet eine kontroverse Diskussionsrunde im Stadtrat statt. Themen waren dabei unter anderem Umweltschutz, Zuschüsse, CO² Einsparungen, Wirtschaftlichkeit Energiewende. Daraufhin stellt Stadratsmitglied Burger einen Antrag zur Geschäftsordnung, dass man die Beschlussvorlage trennen sollte. Grundsätzlich wäre man für eine Angebotseinholung, sollte aber das Thema Nahwärmenetz nicht vernachlässigen sondern weiterverfolgen.

Stadratsmitglied Seemüller besteht anschliessend darauf, seinen Beschlussvorschlag wie beantragt abstimmen zu lassen.

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller macht den Vorschlag, dass die Verwaltung eine Beschreibung (Leistungsverzeichnis) zur Einholung eines indikativen Angebots von zwei Unternehmen erstellen soll.

Beschluss 1:

Antrag zur Geschäftsordnung: Über den eingereichten Beschlussvorschlag soll getrennt abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis: 16 / 9

Beschluss 2:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, hinsichtlich des geplanten Nahwärmenetzes zur Versorgung des Rathausumfeldes einen Wärmedienstleister wie z.B. die MW Biomasse AG mit dem Angebot einer Contracting-Lösung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 25 / 0

Beschluss 3:

Bis zum Eingang eines entsprechenden Angebots wird das bereits vom Stadtrat beschlossene Nahwärmenetz nicht weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis: 9 / 16 (abgelehnt)

5. **Antrag der Stadtratsfraktion "Bündnis 90/die Grünen;
Reaktivierung des Arbeitskreises Radverkehr**

In der Stadtratssitzung vom 13.12.2012 wurde die Bildung eines Arbeitskreises für den Radverkehr in Miesbach beschlossen. Da der Arbeitskreis in letzter Zeit kaum aktiv war und sich die Zusammensetzung des Stadtrates in der neuen Legislaturperiode 2020 bis 2026 stark verändert hat, beantragt die Stadtratsfraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ die Reaktivierung und Neubesetzung des Arbeitskreises.

Der Arbeitskreis Radverkehr soll zur Verbesserung der Radverkehrssituation und –Infrastruktur in Miesbach beitragen und möglichst zeitnah Probleme behandeln, die den Radverkehr in unserer Stadt betreffen. Der Arbeitskreis begleitet auch die dazugehörigen Maßnahmen.

Die Sitzungen sollen mindestens zweimal im Jahr stattfinden. Dabei spricht der Arbeitskreis Empfehlungen aus, trifft aber keine eigenen Entscheidungen. Das ist Aufgabe des Stadtrats, der zuständigen Ausschüsse und Behörden.

Beschluss 1:

Der Stadtrat beschließt die Wiederbelebung und Neubestellung des „Arbeitskreises für den Radverkehr in Miesbach“. Der Arbeitskreis setzt sich aus jeweils einem Vertreter der im Stadtrat vertretenen Fraktionen, einem Vertreter des ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub / Regionalgruppe), der ATS (Alpenregion Tegernsee-Schliersee) und einem Angestellten der Verwaltung zusammen. Die Sitzungen des Arbeitskreises sollen mindestens zweimal im Jahr stattfinden. Die Fraktionen teilen der Verwaltung zeitnah mit, welches Mitglied (inkl. Stellvertreter) sie aus ihren Reihen in den Arbeitskreis entsenden.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier

Beschluss 2:

Der Stadtrat beschließt, dass auch der FDP-Stadtrat Florian Hupfauer in den Arbeitskreis aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis: 23 / 1

Hinweis: ohne: Alfred Mittermaier

6. Straßendeckensanierungsprogramm 2020 -weiteres Vorgehen, Ermächtigung 1. Bürgermeister zur Auftragsvergabe-

Die turnusmäßige Straßenbestandsaufnahme in Zusammenarbeit mit Bauhof und Tiefbauamt ist soweit abgeschlossen, dass für die Sanierungsarbeiten zeitnah die Ausschreibung erfolgen kann. Grundsätzlich werden Straßen im Zuge der Kontrollen in 4 Kategorien eingeteilt, wobei die Bewertung von „Kategorie 1 sehr schlechter Zustand“ bis „Kategorie 4 sehr guter Zustand“ reicht. Der überwiegende Teil der unten aufgeführten Straßen bzw. Bereiche wird mit dünnen Asphaltdeckschichten in Kaltbauweise (DSK) oder als Spritzdecken ausgeführt. Bei einigen Straßen ist die Substanz jedoch bereits so marode, dass eine Kombination mit Tiefbau und DSK zur Ausführung kommen muss. Dies führt zu vergleichbar hohen Kosten gegenüber der klassischen Spritzdeckensanierung.

Zusätzlich zu den neu aufgenommenen Straßen müssen noch Bereiche, die ursprünglich für 2019 geplant waren, saniert werden. Diese mussten kurzfristig aufgrund der letztjährigen Haushaltslage auf 2020 verschoben werden.

Folgende Straßen bzw. Bereiche sind als Kategorie 1 bzw. 2 eingestuft und müssen zeitnah saniert werden:

Geplant in 2019

1. Haidmühlstraße
2. Fraunhoferstraße
3. Manhardtswinkl
4. Marktwinkl
5. Schwarzenberstraße/ Wendelsteinstraße

Neu dazugekommen 2020

6. Wachlehen- Teile Wallbergstraße/ Neureuthstraße
7. Haidmühl
8. Floigerweg/ Kleinthalstraße
9. Kreuzberg
10. Am Windfeld
11. Oskar-von-Miller-Straße
12. Rathausstraße/ Schlachthofstraße
13. Stöger-Ostin-Straße
14. Zwirgerweg

Die Gesamtlänge aller zu sanierenden Straßen beträgt ca. 3.600 m.

Als Anlage haben wir eine Auflistung aller vorgenannten Straßen mit Angaben zu Kosten, Umfang und Art der Ausführung beigefügt.

Die Kostenschätzung hat ergeben, dass das Gesamtvolumen der Sanierungsmaßnahmen ca. 328.400 € brutto betragen wird. Im Haushalt 2020 wurden 250.000 € brutto für die Pauschale zur Deckensanierung eingestellt. Somit führen die geplanten Maßnahmen zu Mehrausgaben in Höhe von ca. 78.400 €.

Da aus der im Haushalt angesetzten Deckenpauschale auch unvorhergesehene Straßenausbesserungen und Kleinmaßnahmen abgewickelt werden, beträgt die Unterdeckung letztendlich insgesamt ca. 120.000 €.

Im Hinblick auf die zusätzlichen, bereits seit längerer Zeit geplanten Großmaßnahmen und der derzeit angespannten Haushaltslage, war zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung eine Erhöhung der Deckenpauschale bzw. einstellen höherer Haushaltsmittel nicht möglich.

Aufgrund der bereits sehr fortgeschrittenen Beschädigungen empfiehlt die Verwaltung die schnellstmögliche Sanierung der oben aufgeführten Straßen. Hierzu soll in der Stadtratssitzung gemeinsam festgelegt werden, welche zu sanierenden Straßen letztendlich 2020 zur Ausschreibung, Vergabe und Ausführung freigegeben werden sollen.

Der Stadtrat war einstimmig der Meinung, dass die aufgeführten Sanierungsmaßnahmen nicht mehr aufgeschoben werden können.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung mit der Ausschreibung für das Sanierungsprogramm der oben genannten Straßen. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die bei der Ausschreibung erzielten, wirtschaftlich günstigsten Angebote zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 25 / 0

7. Sanierung Frauenschulstraße inkl. Kanal-und Wasserleitungsbau -weiteres Vorgehen, Ermächtigung 1. Bürgermeister zur Auftragsvergabe-

Die Planungen für die Sanierung des Teilabschnittes der Frauenschulstraße zwischen HS-Nr.7 und 40 sind weitgehend abgeschlossen. Diese sehen eine vollumfängliche Sanierung im Vollausbau sowie eine umfangreiche Erneuerung der Trinkwasserversorgung bis in den Bereich Schützenstraße/ Schopfgraben vor.

Objektbeschreibung:

Die Frauenschulstraße wurde im Sanierungsbereich in 2 Stufen zwischen den 1950er und 1960er Jahren als Haupteinfahrtsstraße erstmalig hergestellt. Bis auf kleinere Sanierungsmaßnahmen wurde der letzte große Asphalteinbau ca. 1981 ausgeführt. Selbiger Zeitraum gilt auch für Trinkwasserleitungs-, Schmutzwasserkanal (SWK)- und sonstige Versorgungsleitungsarbeiten.

Die Straße inklusive Gehweg befindet sich mittlerweile in einem sehr schlechten Zustand und muss dringend saniert bzw. teilweise erneuert werden. Als Hauptgründe hierfür gelten die zu geringen Asphaltaufbauhöhen (gesamt bis ca.10cm) sowie der aufgrund geologischer Verhältnisse zu gering tragender Unterbau. Die verhältnismäßig steile und teilweise schwach gesicherte Hanglage entlang der Straße trägt ebenfalls zu den bereits vorhandenen, massiven Setzungen und Asphaltausbrüchen bei. Eine Beteiligung vom Bergamt Süd hat uns bestätigt, dass speziell im nördlichen Teil (Karlinger- und Düllstraße) in der Vergangenheit hohe Bergbauaktivitäten stattfanden. Es ist nicht auszuschließen, dass dieser Umstand ebenfalls zum Setzungsverhalten beiträgt. Generell sind jedoch keine Bedenken vom Bergamt angemeldet worden.

Eine bereits durchgeführte Baugrunduntersuchung hat ergeben, dass der Asphalt nicht teerhaltig ist und Stand jetzt somit problemlos entsorgt werden kann. Im weiteren Verlauf der Baugrunduntersuchung wurden bei Aufschlussbohrungen bis in Tiefen von 2,70 m festgestellt, dass in einigen Bereichen die künstlich aufgefüllten Böden zum Teil mit Ziegelbruch o.ä. verunreinigt sind. Dieser Umstand führt zu einer Einstufung Z 1.2 gemäß LAGA.

Die Entsorgungskosten dürften sich jedoch nur geringfügig erhöhen, da dieses Material in den meisten Gruben im Landkreis zur Wiederverfüllung verwendet werden darf.

Aufgrund der oben beschriebenen Bergbausituation wurden noch ergänzende Untersuchungen bezüglich einer eventuellen Hangsicherung und Standsicherheit veranlasst. Die Ergebnisse stehen noch aus und können im ungünstigen Fall noch zu Mehrkosten von ca. 10 % der Gesamtkosten führen.

Das vorhandene Mischwasserkanalsystem ist nicht zuletzt auf Hinblick der eventuellen Erschließung vom Baugebiet „Am Gschwendt“ nicht ausreichend dimensioniert und muss umgebaut werden. Derzeit werden nicht unerhebliche Mengen an Oberflächenwasser mit eingeführt, die bei bereits mäßigen Regenereignissen zu einer starken Auslastung führen. Ein Neubau eines Regenwasserkanals (RWK) parallel zum bestehenden Mischwasserkanal ist unausweichlich. Im Anschluss müssen eine erhebliche Anzahl der Grundstücke, einschließlich der Nebenstraßen im Bereich der Frauenschul-, Karlinger- und Düllstraße, an das neue Trennsystem angeschlossen werden. Ziel ist, den vorhandenen Mischwasserkanal nach Abschluss aller Umschlussarbeiten zu einen reinen Schmutzwasserkanal umzuwandeln.

Die Haupttrinkwasserleitung und Hausanschlüsse sind im selben Zuge auszutauschen bzw. zu erneuern. Die gesamten Sanierungsarbeiten müssen um den Bereich der Frauenschulstraße umfassender auf den Schopfgraben und der Schützenstraße ausgeweitet werden. Hierbei werden nicht nur notwendige Hauptleitungen und Hausanschlüsse erneuert, sondern auch bestehende Wasserrohrbrüche beseitigt. Zusätzlich sollen Umverlegungen von Hauptwasserleitungen aufgrund fehlender Dienstbarkeiten von Privatgrund auf öffentlichen Grund stattfinden.

Baublauf

Wir beabsichtigen, die Gesamtbaumaßnahme in 2 Bauabschnitten abzuwickeln. Ausführungszeitraum 1.BA ist für 2020, 2.BA ist für Frühjahr 2021 geplant. Gesamtfertigstellungstermin ca. Sommer 2021.

Bauumfang

- a) Straßenbau
 - Vollausbau ca. 400 m (ca. 2.700 m²)
 - Bodenaustausch ca. 5.500 to
 - Erdbewegungen ca. 6.000 m³
- b) Kanalbau
 - Neubau Regenwasserkanal (RWK) ca. 560 m
 - Instandsetzung offene Bauweise am Schmutzwasserkanal (SWK)
 - Neubau bzw. Umbau Regenüberlaufbecken (RÜB)
- c) Wasserleitungsbau Frauenschulstraße
 - Leitungsbau ca. 335 m
- d) Wasserleitungsbau Schützenstraße/ Schopfgraben
 - Leitungsbau ca. 360 m
 - Spülbohrung durch Schlierach ca. 25 m

Kosten

- a) Straßenbau ca. 740.000 € brutto
- b) Kanalbau (RWK) ca. 560.000 € brutto
- c) Wasserleitungsbau Frauenschulstraße 305.000 € brutto
- d) Wasserleitungsbau Schützenstraße/ Schopfgraben ca. 400.000 € brutto

Kosten Frauenschulstraße (a+b+c) ca. 1.605.000 € brutto

Kosten Schützenstraße / Schopfgraben ca. 400.000 € brutto

Gesamtkosten inklusive Ingenieurleistungen gerundet ca. **2.005.000 € brutto**, basierend auf der neuen Kostenschätzung vom 19.05.2020. Hierzu wurden aktuelle Ausschreibungsergebnisse mit berücksichtigt.

Hinweis:

- Hinzu kommen noch ca. 62.000 € brutto für die Umschlussarbeiten der Eigentümer von SWK auf RWK. Diese müssen jedoch von den Eigentümern anteilig selbst bezahlt werden.
- Mögliche zusätzliche Hangsicherungsmaßnahmen aufgrund noch ausstehenden Gutachten führen zu einer geschätzten Erhöhung der Kosten Frauenschulstraße um ca. 10 %.

Trotz der hohen Kostenschätzung waren sich im Stadtrat alle einig, dass Straßensanierungen Pflichtaufgabe sei und dieses Projekt zwingend durchgeführt werden muss.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Sanierung des 1. BA Frauenschulstraße im Vollausbau inklusive der Erneuerung der Wasserleitungen im weiteren Bereich „Schopfgraben/ Schützenstraße“ zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Planung und Ausschreibung. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die bei den Ausschreibungen wirtschaftlich günstigsten Angebote zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 25 / 0

8. **Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung (BGS-WAS)**

entfällt

9. **Zuschuss an die Arbeitsgemeinschaft der Sportvereine 2020; Verteilung an die Vereine**

Mit Schreiben vom 17.03.2020 stellte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Miesbacher Sportvereine, Max Niedermeier, einen Antrag über 16.000,00 € Zuschuss für die Sportvereine für das Jahr 2020.

Herr Niedermeier verweist in diesem Antrag auf die Sitzung vom 16.03.2020 der ARGE, in der sich die Vertreter der Sportvereine intensiv mit dem Etatvorschlag befasst haben.

In dieser Sitzung wurde die Verteilung des Sportetats beschlossen. Verteilungsschlüssel sieht dabei folgendermaßen aus: Pro Verein ist ein Grundbetrag in Höhe von 720,00 € vorgesehen. Zudem kommt ein Pro-Kopf Betrag in Höhe von 10,00 €/Kind.

Die Zahl der Kinder ergibt sich aus der offiziellen Meldung der Vereine an den BLSV.

Die Verteilung des Sportetats für das Haushaltsjahr 2020 wurde wie folgt beantragt:

Verein	Kinder u. Jugendliche	Grund- betrag	Pro-Kopf Betrag	Zuschuss
SV Miesbach	158	720,00 €	1.580,00 €	2.300,00 €
SV Parsberg	138	720,00 €	1.380,00 €	2.100,00 €
JFG Miesbach (Jugend-Fussball)	92	720,00 €	920,00 €	1.640,00 €
Skiclub Miesbach	160	720,00 €	1.600,00 €	2.320,00 €
Tennisclub Miesbach	61	720,00 €	610,00 €	1.330,00 €
Turnverein Miesbach	559	720,00 €	5.590,00 €	6.310,00 €
<i>Zwischensumme</i>				16.000,00 €
ARGE		---	---	--- €
Summe:	1.168			16.000,00 €

Der Sportetat wurde in der Stadtratssitzung vom 24.04.2008 mit dem Betrag von 16.000,00 € durch den Stadtrat beschlossen und wird seitdem in dieser Höhe an die Vereine verteilt.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Aufteilung des städtischen Zuschusses an die ARGE Sportvereine für 2020 in Höhe von 16.000,00 € mit den vorgenannten Einzelbeträgen zu.

Der Stadtrat beschließt, dass der Sportetat künftig von der Sportreferentin zusammen mit Verwaltung auf Basis des Vorschlages der Arbeitsgemeinschaft der Miesbacher Sportvereine verteilt wird. Als Grundlage dient der Sportetat in Höhe von 16.000,00 € gemäß dem Stadtratsbeschluss vom 24.04.2008.

Die Aufteilung ist dem Stadtrat bekannt zu geben.

Dies gilt solange, bis sich die Grundlage bzgl. der Zuschusshöhe ändert.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Hupfauer

10. Musikschule Schlierach-Leitzachtal e.V.: Bezuschussung ab dem Jahr 2021 - Vertragsverlängerung

Mit Schreiben vom 03.02.2020 beantragt die Musikschule Schlierach-Leitzachtal e.V. wieder um eine Zuschussung der Unterrichtsgebühren für Miesbacher Musikschüler mit 150,00 € pro Schüler.

Die Musikschule begründet den Antrag damit, dass die Unterrichtsgebühren für die Miesbacher Schüler damit weiterhin moderat gehalten werden können.

Des Weiteren wirkt sich der Zuschuss auch auf die Höhe des Staatszuschusses aus.

Aktuell besuchen 163 Miesbacher Musikschüler den Musikunterricht.

Gleichzeitig bedankte sich die Musikschule Schlierach-Leitzachtal e.V. bei der Stadt Miesbach für die bisherige Unterstützung.

In der Sitzung vom 16.11.2017 hat der Stadtrat der Bezuschussung der Musikschule für den Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2020 (3 Jahre) mit einem Betrag in Höhe von 150,00 € pro Schüler zugestimmt.

Ein jährlicher Haushaltsplan sowie eine BWA und eine G+V Rechnung ist der Stadt Miesbach vorzulegen.

Da der bestehende Vertrag nun zum 31.12.2020 ausläuft, hat die Musikschule den Antrag auf Fortsetzung der Förderung bzw. Vertragsverlängerung gestellt.

Die Musikschule hat der Stadt auch die Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre vorgelegt.

2017:	- 5.321,27 €
2018:	15.086,20 €
2019 (vorläufiges Ergebnis):	65.816,81 €

Aufgrund dieser Zahlen hat die Kämmerei bei der Musikschule nachgefragt, wie dieses Ergebnis zustande kommt. Herr Udo Konrad (Kassier) teilte der Stadt mit, dass seit September 01.09.2018 bis zum 31.03.2019 kein Musikschulleiter angestellt war. Seitens der Musikschule hat man sich bewusst Zeit gelassen, um eine neue Leitung zu finden, welche in das gewünschte Anforderungsprofil passt. Durch die entstandenen Personalausgaben ist dieser „Gewinn“ zustande gekommen.

Seit dem 01.03.2020 ist die Stelle der Leitung mit Herrn Johannes Obermeyer neu besetzt.

Weiter teilte Herr Konrad mit, dass die Musikschule aufgrund der Corona-Krise Kurzarbeit beantragt hat und teilweise geringfügige Gehaltskürzungen vornehmen musste.

Aktuell wird der Betrieb wieder hochgefahren und sämtliche ausgefallenen Musikstunden werden bis zum Schuljahresende nachgeholt. Dies gilt allerdings nicht für die musikalische Früherziehung, da es hier aufgrund der gesetzlichen Anforderungen schlicht nicht möglich ist. Für diesen Bereich entstehen auch Einnahmeverluste.

In der Stadtratssitzung vom 22.01.2015 wurde die rechtliche Situation einer Musikschule dargestellt:

Rechtlich gesehen stellt eine Musikschule eine freiwillige Aufgabe im Sinne von Art. 57 Abs. 1 Satz 1 GO dar. Hier heißt es, dass eine Gemeinde unter anderem für das „kulturelle Wohl“ zuständig ist. Diese in Art. 57 GO genannten freiwilligen Aufgaben sollen von der Gemeinde geschaffen und erhalten werden, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit. Dieser Ausdruck freiwillige „Sollaufgabe“ in Art. 57 GO besagt, dass es sich grundsätzlich um freiwillige Aufgaben handelt. Der Gesetzgeber legt den Gemeinden jedoch dringend nahe, dass sie sich diesen Aufgaben annehmen sollen. Dieser Appell hat von vornherein drei Grenzen, nämlich die Leistungsfähigkeit der Gemeinde, die nach Größe und Lage der Gemeinde zu beurteilenden örtlichen Verhältnisse und die an den örtlichen Verhältnissen zu messende Erforderlichkeit.

Diese „Sollaufgaben“ haben insofern auch Vorrang vor den sonstigen übrigen freiwilligen Aufgaben (Art. 6 GO „Allseitiger Wirkungskreis“), wenn es darum geht, Aufgaben zu kürzen oder zu streichen zum Zwecke des Haushaltsausgleiches (vgl. Kommentar Widtmann/Grasser/Glaser zur GO). In gewisser Weise wäre die Stadt Miesbach aufgrund ihrer Größe und Aufgaben u.U. dazu verpflichtet, eine Musikschule zu gründen, wenn hierfür der Bedarf gegeben ist. Diese Erforderlichkeit entfällt hier aber, da durch die vorhandene Musikschule Schlierach-Leitzachtal e.V. eine solche Einrichtung vorgehalten wird.

Da eine Musikschule meistens nicht nur von Schülern aus einer bestimmten Gemeinde genutzt wird, empfiehlt es sich sogar, diese im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit zu betreiben. Im Tegernseer Tal wird die Musikschule in Form eines Zweckverbandes betrieben. Diejenige Gemeinde die den Sitz der Musikschule hat, ist federführend (z.Zt. Rottach-Egern).

Herr Wolfgang Greth vom Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e.V. (VBSM) hat damals dem Stadtrat hierzu die Pflichten und Aufgaben von staatlichen Musikschulen sowie die verschiedenen Formen von deren Betrieb erläutert.

Hierunter fallen unter anderem die Ausbildung der Musiklehrer (Studiengang, pädagogische Ausbildung) wie ein Mindestangebot an Unterrichtsfächern.

Unter anderem wird in der Musikschule Schlierach-Leitzachtal e.V. auch die Ausbildung an der Feen-Harfe für behinderte Menschen angeboten.

Stadtratsmitglied Markus Seemüller erklärte, dass in Miesbach bei beiden Musikschulen die Gebühren gleich sind. Die staatlich anerkannte Musikschule wird von der Stadt unterstützt, die Private Musikschule nicht.

Er trägt daher die Sorge, dass eine Musikschule besser behandelt wird als die andere. Er beantragt deshalb, dass die Bezuschussung in diesem Jahr ausgesetzt wird – auch im Hinblick auf die aktuelle finanzielle Situation.

Stadtratsmitglied Christian Mittermaier hat vor 3 Jahren schon eine Erhöhung des Zuschusses beantragt. Seiner Meinung nach sollte in der jetzigen Zeit der Zuschuss gleich bleiben und die Bezuschussung fortgeführt werden. Da die Musikschule eine wichtige Aufgabe übernimmt, ist die Unterstützung umso wichtiger. Die Private Musikschule leistet eine gute Arbeit. Trotzdem sind aus seiner Sicht schon Unterschiede zwischen den beiden Schulen vorhanden.

Stadtratsmitglied Inge Jooß ist der Meinung, dass man schon zwischen den privaten und öffentlichen Musikschulen unterscheiden muss. Die öffentliche Musikschule übernimmt Aufgaben, die eigentlich von der Stadt erfüllt werden müssen. Auch erfüllt die Musikschule soziale Zwecke. Es wäre schäbig, hier zu kürzen. Sie regte an, dass der Stadtrat seitens der Musikschule wieder zu den Konzerten eingeladen werden sollte. Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller sicherte zu, dass diese Anregung weitergegeben wird.

Stadtratsmitglied Manfred Burger ist der Meinung, dass der Zuschuss bis vor 3 Jahren bei 100,00 € pro Schüler pro Jahr gelegen ist. Er stellt deshalb den Antrag, dass der Musikschule dieser Betrag für die nächsten 3 Jahre gewährt wird. So entsteht für die Musikschule eine Kalkulationsgrundlage.

Stadtratsmitglied Aline Brunner findet die Unterstützung wichtig, da der Verein eine tolle Arbeit leistet. Allerdings muss man in Miesbach alles insgesamt betrachten. Die Private Musikschule macht auch eine gute Arbeit und macht Veranstaltungen.

Stadtratsmitglied Alfred Mittermaier erklärte, dass der Staat die Kommunen beauftragt Musikschulen zu unterstützen, die sie nicht selbst betreiben. Eine staatl. anerkannte Musikschule erhält Fördergelder, die an die kommunalen Zuschüsse gekoppelt sind. Kürzt die Stadt, dann wird der Zuschuss vom Freistaat auch gekürzt. Das ist bei allen staatl. geförderten Einrichtungen so.

Im Anschluss daran gab der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt einer Bezuschussung der Musikschule für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2023 mit einem Betrag in Höhe von **150,00 € pro Miesbacher Schüler pro Jahr** zu.

Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, den Vertrag mit der Musikschule für den genannten Zeitraum zu schließen.

Ein jährlicher Haushaltsplan sowie eine BWA und eine Gewinn- und Verlustrechnung ist der Stadt Miesbach vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 18 / 7

11. Übertragung der Aufgabe zur Beitreibung von öffentlich-rechtlichen Forderungen an den Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum im Oberland ab dem 01.01.2021 nach Beendigung der Probephase.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 14.09.2017 beschlossen, dem Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum im Oberland (KDZ) die Aufgabe zur Beitreibung der öffentlich-rechtlichen Forderungen übertragen. In der damals 31. Änderung der Verbandssatzung war eine Probephase vom 01.01.2018 bis 31.12.2020 vorgesehen.

Nach einigen rechtlichen Anlaufschwierigkeiten startete die Beitreibung der Forderungen im März 2019.

Ab diesem Zeitpunkt hat die Stadt ausstehende Forderungen in Höhe von rund 746.500 € an das KDZ zur Beitreibung übergeben. Die Erfolgsquote liegt derzeit bei 71% (rund 530.000 €) der gesamten Fälle.

Davon wurden 51% (rund 377.600 €) als Zahlung durch den KDZ verbucht.

20% (152.400 €) sind Zahlungen, die zu 90 – 95% (137.160 € - 144.780 €) nicht an den KDZ sondern an die Stadt gegangen sind. Die restlichen, hieraus verbleibenden 5 – 10% Ausstände sind u.a. nicht vollstreckbare Insolvenzfälle, Verzicht auf Nebenforderungen und vom Finanzamt nachträglich herabgesetzte Gewerbesteuerfälligkeiten.

Nimmt man beide Werte zusammen, kann man von einer Erfolgsquote im Zusammenhang mit der Vollstreckung durch den KDZ von ca. 69 – 70% sprechen.

In diesem kurzen Zeitraum hat sich neben der erfolgreichen Beitreibung auch ein weiterer Erfolg eingestellt. Die Zahlungsmoral nach der ersten Mahnung, welche noch von der Stadt erstellt wird, ist erheblich gestiegen.

Mit Schreiben vom 18.05.2020 hat nun der Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum im Oberland (KDZ) die Stadt darauf hingewiesen, dass die Probephase zum 31.12.2020 endet. Von Seiten der Kommunen ist nun ein Beschluss erforderlich, ob man auch in Zukunft in diesem Bereich mit dem KDZ zusammenarbeiten möchte.

In Anbetracht der sehr guten Erfolgsquote und des positiven Nebeneffektes der gestiegenen Zahlungsmoral, ist eine Zusammenarbeit über den 31.12.2020 hinaus nur zu empfehlen.

Die Kosten der Vollstreckung betragen für die Stadt (je nach Höhe der Ausstände) zwischen 50.000 € und 70.000 € im Jahr.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, dass dem Zweckverband Kommunales Dienstleistungszentrum im Oberland (KDZ) die Aufgabe zur Beitreibung der öffentlich-rechtlichen Forderungen ab dem 01.01.2021, vorbehaltlich eines ausstehenden Beschlusses der Verbandsversammlung weiter übertragen wird.

Abstimmungsergebnis: 24 / 0

Hinweis: ohne: Lechner

12. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

Rivera / Kinderkrippe

Stadträtin Jooß regt an, dass das Thema Rivera nach den Fällungen wieder aufgenommen werden soll. Darüber hinaus möchte sie alle Zahlen für die Kinderkrippe vorgelegt haben.

Kinderspielplätze

Stadtratsmitglied Christian Mittermaier teilt mit, dass ein Termin mit dem 1. Bürgermeister vereinbart wurde, um das Thema Kinderspielplätze zu erörtern.

Darüber hinaus bedankt sich Herr Christian Mittermaier im Namen der Beschäftigten der neuen Kinderkrippe am Volksfestplatz bei Herrn Keck und Herrn Rummel von der Stadt Miesbach, für die geleisteten Arbeiten und überreichte ein kleines Präsent.

Sozialcard

Stadträtin van Walbeek fragt an, ob die Einführung der Socialcard für den Waitzinger Keller für das Jahr 2021 geprüft werden kann. Dies sichert der Geschäftsleiter Führer zu.

Bolzplatz

Stadträtin Frieze fragt an, warum der Bolzplatz noch nicht geöffnet ist. Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller sichert eine Überprüfung zu.

Kommunale Verkehrsüberwachung

Stadtratsmitglied Lechner wurde von einigen Bürgern angesprochen, dass am Wallenburger Berg viele Autos in der Auffahrt parken. Er bittet darum, dass die Kommunale Verkehrsüberwachung Kontrollen durchführt.

Neues Pfarrheim

Stadtratsmitglied Perkmann fragt im Auftrag von einigen Anwohnern an, wie lange die Arbeiten an der Wallenburger Straße bzw. Kolpingstraße noch dauern, bzw. ob die Maßnahmen im Zeitplan sind. Stadträtin Jooß verweist auf eine Aussage von Herrn Rummel von der Miesbacher Pfarrei, dass die Arbeiten im Zeitplan sind.

Website

Stadträtin Brunner regt an, dass auf der Internetseite der Stadt Miesbach ein Link eingerichtet werden soll, wo der Bürger direkt an jede Fraktion Fragen stellen können. Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller sichert eine Überprüfung zu.

Gleisarbeiten

Die von 30.05. – 04.06.2020 stattfindenden Arbeiten werden auch nachts durchgeführt. Liegt das Anliegen bei der Stadt Miesbach vor? Herr Löw merkt an, dass im Bauausschuss über die Maßnahme gesprochen wurde. Stadtratsmitglied Hupfauer möchte wissen, ob während der Bauarbeiten eine Öffnung der Anliegerstraße durchgeführt wurde. Dies wird vom Stadtrat aufgrund vieler Anfragen aus der Vergangenheit als nicht durchführbar verworfen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Ende der Sitzung

Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister